FSG-Wimmer: Regierungspfusch zum Karfreitag ist nächster Kniefall vor Industrie

2019-02-19 15:29

Arbeitgeberseite bestimmt weiter Regierungspolitik, FPÖ verrät erneut ArbeitnehmerInnen

Der Karfreitag soll nun zu einem halben Feiertag werden. Das bedeutet für jene, die bisher Anspruch auf einen gänzlich freien Tag hatten und alle anderen, die aufgrund dieses EuGH-Urteils Anspruch gehabt hätten, weniger Freizeit. Wie schon bei der 60-Stunden-Woche oder bei der Zerstörung der Sozialversicherung gibt die Wirtschaft die Richtung für die Regierungspolitik vor.
Die Industriellenvereinigung hält weiterhin die Zügel fest in der Hand, kritisiert Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB: "Der nächste Regierungspfusch wird zum Gesetz. Die Arbeitgeberseite bestimmt weiterhin die Bundespolitik und die selbsternannte 'soziale Heimatpartei' verrät einmal mehr die ArbeitnehmerInnen. Geht es um Wünsche der Industrie, werden diese Länge mal Breite umgesetzt. Geht es um Interessen der ArbeitnehmerInnen, gibt es nur Minimallösungen."

Die FSG fordert weiterhin, dass der Karfreitag ein ganzer Feiertag für alle wird. „Österreichs ArbeitnehmerInnen arbeiten hart und viel. Es wäre daher mehr als fair, dass sich die Regierung endlich auch für die ArbeitnehmerInnen einsetzt. Zumal sich die Wirtschaft einen ganztägigen freien Karfreitag für alle leisten kann. Dies zeigen Berechnungen der Wirtschaftsforscher ganz eindeutig. Aber Fairness ist für Schwarz-Blau kein politisches Ziel, die ArbeitnehmerInnen schauen bei dieser halbherzigen Umsetzung des EuGH-Urteils erneut durch die Finger", sagt Wimmer.